



**SPD-Fraktion im
Niedersächsischen Landtag**

Pressemitteilung Nr. 16-331
vom 23.09.2010

Anschrift Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511/3030-4011/13
Fax 0511/3030-4808
E-Mail SPDPresse@LT.Niedersachsen.de
Internet www.SPD-Landtag-Nds.de

SPD macht kommunale Finanzkrise zum Thema im Landtag

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bringt die kommunale Haushaltsmisere im Landtag zur Sprache. Mit einer umfangreichen „Großen Anfrage“ wird die Landesregierung in insgesamt 63 Fragen nach den Einzelheiten und den Ursachen für die drohende kommunale Handlungsunfähigkeit befragt.

„Die kommunalen Kassen sind leer. Nicht erst seit der Wirtschaftskrise klagen die Kommunen über stagnierende Einnahmen und gleichzeitig stetig steigenden Ausgaben“, erläuterte der SPD-Finanzpolitiker Dieter Möhrmann den Hintergrund der Anfrage am Donnerstag in Hannover. So stellte das niedersächsische Finanzministerium selbst fest, dass die Einnahmen der Kommunen trotz der Konjunkturspritzen um 2,6 Prozent zurückgegangen seien, gleichzeitig seien die Gesamtausgaben um 6,3 Prozent gestiegen. Die steuernahen Einnahmen wären sogar um 6,8 Prozent zurückgegangen. In der Folge dieser Entwicklung stiegen die Kassenkredite, also die „Kontoüberziehungen“, immer weiter an. Sie betragen landesweit fast fünf Milliarden Euro, im Jahre 2002 waren es noch zwei Milliarden Euro.

„Wir möchten wissen, inwieweit die Landesregierung für die Haushaltssorgen der Städte und Gemeinden mitverantwortlich ist, etwa durch Zustimmung zu Steuersenkungen oder durch Eingriffe in den kommunalen Finanzausgleich“, erläuterte Möhrmann. „Seit Jahren werden den Kommunen immer neue Verpflichtungen auferlegt, ohne dass die Einnahmen entsprechend steigen – im

Gegenteil, diese Landesregierung hat sich noch an kommunalen Kassen bereichert.“

Ein wichtiger Teil der Großen Anfrage, die nach Beantwortung durch die Landesregierung im Parlament beraten wird, ist ein Ausblick auf die Zukunft. „Auf Bundesebene tagt die Gemeindefinanzkommission, die sich unter anderem mit der Zukunft der Gewerbesteuer aber auch mit den großen Kostenblöcken der Gemeinden, wie Kinderbetreuung, Grundsicherung oder Kosten der Unterkunft für Langzeitarbeitslose befasst. Die Landesregierung ist ohne eigene Positionen in die Verhandlungen gegangen“, kritisierte Möhrmann. „Die Kommunen benötigen aber eine stabile und verlässliche Finanzausstattung, die ihren Aufgaben angemessen ist. Wir erwarten, dass die Landesregierung die Angriffe auf die Gewerbesteuer abwehrt und sich künftig kommunalfreundlich verhält.“